

4. Europäisches Geschichtsforum

1914-2014: Geschichte im Dienst von Krieg und Propaganda

Zum vierten Mal fand in der Heinrich-Böll-Stiftung am 13. und 14. November das Europäische Geschichtsforum statt. Seit 2011 dient die Fachtagung, die gemeinsam mit dem russischen Wissenschaftlichen Informationszentrum Memorial ins Leben gerufen worden ist, dazu Historiker, Museumsmitarbeiter, Journalisten und Nichtregierungsorganisationen aus Ost-, Südost-, Mittel- und Westeuropa zusammenzuführen, um sich gemeinsam kritisch mit der Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts und ihrer Vermittlung zu beschäftigen.

Dieses Mal blickte die Veranstaltung mit dem Titel „1914-2014: Geschichte im Dienst von Krieg und Propaganda“ einerseits auf den Ausbruch des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren zurück, andererseits auf den Beginn des Zweiten Weltkrieges vor 75 Jahren, und nicht zuletzt auf die Jugoslawienkriege in den 1990er-Jahren. Im Mittelpunkt stand die Frage, ob und wie diese historischen Ereignisse heute in Osteuropa und auf dem Westbalkan für propagandistische Zwecke instrumentalisiert werden. Anschauungsmaterial gab es zu der Fragestellung leider mehr als genug – einen Großteil lieferte die gegenwärtige Ukraine-Krise.

Ostmitteleuropa und der Erste Weltkrieg

Eröffnet wurde die zweitägige Tagung mit dem Einführungsvortrag „Ein Krieg ohne Ende. Instrumentalisierungen der Wissenschaft in Ostmitteleuropa seit 1914“ von **Dr. Maciej Górný** vom Deutschen Historischen Institut in Warschau. Górný wandte sich gleich zu Beginn seiner Ausführungen der Frage zu, welche Rolle der Erste Weltkrieg in der kollektiven Erinnerung Ostmitteleuropas einnimmt. Die Antwort darauf klinge sehr nüchtern und unterscheide sich von der etablierten Gedächtniskultur in Westeuropa sehr: „Diese Zeit hat sich ins kollektive Gedächtnis der Polen, Tschechen, Slowaken, Weißrussen, Litauer oder Ukrainer eigentlich nicht eingeprägt.“ Dabei seien gerade dort die blutigsten Schlachten gefochten worden. Vielmehr fanden dort die ersten Gasangriffe statt und Millionen von Menschen wurden zwangsevakuert. „Für manche Gruppen und Gesellschaftsschichten – vor allem Juden und Grundbesitzer – war der Erste Weltkrieg eine Katastrophe.“ Eine Katastrophe, die später von noch tragischeren Katastrophen überschattet werden sollte.

Aber nicht nur eine kollektive Erinnerungskultur fehle in Ostmitteleuropa. Verloren gegangen sei auch die transnationale Geschichte des politischen Engagements der Intellektuellen, die im Westen des Kontinents bereits 1915 als „Krieg der Geister“ bezeichnet worden war und zu dessen Vertretern Autoren wie Thomas Mann, Henri Bergson, Émile Durkheim und Gerhard Hauptmann gehören.

Doch laut Górnýs Forschungsergebnissen hat es den „Krieg der Geister“ im Osten sehr wohl gegeben, und er stand dem im Westen in nichts nach: Die Akteure, oft von politischen Gruppierungen und Aktivisten unterstützt, warfen sich gegenseitig Brutalität, Barbarei und Verrat

vor und lieferten Rassen- und nationale Identitätstheorien, um damit die territorialen Besitzansprüche für ihr jeweiliges Volk zu legitimierten. Einige der Theorien gingen als Argumentation in die politische Praxis ein, auch nach 1918. Somit handle es sich beim östlichen „Krieg der Geister“ nicht nur um einen in Druckwerken geführten Konflikt, sondern vielmehr um eine Ankündigung der Nachkriegsordnung. Er dürfe deshalb nicht als Fußnote der Geschichte angesehen werden.

Der Westbalkan und der Erste Weltkrieg

Während in Ländern wie Polen, Tschechien und der Slowakei der Erste Weltkrieg in der Erinnerungskultur nur eine marginale Rolle spielt, sieht die Lage im Westbalkan ganz anders aus. Mit der Analyse der aktuellen geschichtspolitischen Debatten zum Ersten Weltkrieg, die in dieser Region aus Anlass des 100-jährigen Jubiläums geführt wurden, befassten sich **Dubravka Stojanović** von der Universität Belgrad und **Amir Duranović** von der Universität Sarajevo. Den Anfang der Analyse machte Dubravka Stojanović, die die Situation in Serbien näher beleuchtete.

Das Jahr 2014 sei ein sehr emotionales gewesen, so die Historikerin. Der Große Krieg und die Julikrise schienen allgegenwärtig. „Man konnte leicht den Eindruck gewinnen, dass Serbien erneut vor einem Krieg steht und von Feinden umgeben ist.“ Zum 100. Jahrestag des Attentats auf den Habsburger Thronfolger Franz Ferdinand und dessen Frau Sofie, am 28. Juni 2014, gab es zwei zentrale Gedenkveranstaltungen, die in Bosnien-Herzegowina stattfanden: eine in Sarajevo und eine in der Republik Srpska. Während in Sarajevo die Regierungsmitglieder der Föderation Bosnien-Herzegowina auf das Attentat als Tragödie und die Konsequenzen dieser Tat erinnerten, wohnten der Zweiten, die dem Attentäter Gavrilo Princip gewidmet war, die serbischen Politiker bei, um Gavrilo Princip als serbischen Nationalhelden zu feiern. „Wieder einmal nahmen die Regierungsoberhäupter der rivalisierenden Staaten entgegengesetzte Positionen ein. Und wieder einmal ist die Geschichte missbraucht worden, um gegenwärtige Probleme zum Ausdruck zu bringen“, resümiert Stojanović.

Aber warum spielt gerade der Erste Weltkrieg so eine spezielle Rolle? Für Serbien sei es ein prägendes Ereignis wie kein anderes: Zwei Mal gingen die Serben als Sieger hervor, 1914 wehrten sie die erste Offensive der Österreicher ab, 1918 gewannen sie an der mazedonischen Front; aber auch enorm viele Menschen, fast $\frac{1}{4}$ der Population, starben während des Krieges. Nicht zuletzt steht der Krieg auch das für diplomatische Geschick der serbischen Regierung bei der Gründung Jugoslawiens nach Kriegsende. Die Ereignisse des Ersten Weltkrieges seien jedoch mehr als nur historische Fakten. Sie lieferten die Basis für den Gründungsmythos Serbiens. Die Verknüpfung der nationalen Idee mit dem Ersten Weltkrieg war aber nicht immer gegeben. Vielmehr nahm die Idee erst mit dem Zerfall Jugoslawiens ihren Lauf. An der Schaffung des Gründungsmythos seien sowohl literarische Werke, Filme, Theaterstücke und Geschichtsbücher beteiligt gewesen, deren Inhalte und Mythen wiederum in die Schulbücher übergegangen sind und somit heute die offizielle Erinnerungskultur bilden und die nationale Identität Serbiens prägen. Dazu gehört beispielsweise, dass Serbien ein großzügiges, aufopferndes Volk ist, eine Opfernation, die sich während des Ersten Weltkrieges in einem Verteidigungskrieg befand, und auch eine Heldennation, deren Armee Siege errungen hat.

Doch seit Slobodan Miloševićs Sturz im Jahr 2000 hat in Serbien ein neuer nationaler Diskurs über die Erinnerungskultur begonnen, wobei eine Kultur- und Bildungsreform bisher immer noch aussteht. Der im Jahr 2014 ausgetragene Kampf um die Deutung des Ersten Weltkrieges sei deshalb auch als ein Kampf um die nationale Identität zu verstehen, schlussfolgert Stojanović. Was die nationale Identität ausmacht, blieb jedoch bisher ungesagt. Vielmehr wird dieser freie

Platz, der sich Identität nennt, mit alten Emotionen und politischen Programmen aufgefüllt, die nach neuen Gelegenheiten lechzen. Das Reden über die Geschichte hat deshalb wenig mit der Vergangenheit zu tun, sondern dient vielmehr als Metapher für die Zukunft Serbiens und Südosteuropas. Wird man dort eine neue Gesellschaft erfinden können, die demokratisch und friedensstiftend ist? Oder wird Südosteuropa neuen Konflikten begegnen? Ob sich die Region in eine demokratische Zukunft entwickelt oder nicht, stehe und falle mit dem ernsthaften Engagement im Kultur- und Bildungswesen, so Stojanović.

Ähnlich emotional wie in Serbien wurden die Debatten zum Ersten Weltkrieg auch in Bosnien-Herzegowina geführt. Die Erwartungen an dieses historische Jubiläum seien sehr hoch gewesen, so Amir Duranović. Doch das Ergebnis sei eher mager ausgefallen. Selbst die zentrale Gedenkveranstaltung in Sarajevo, die bereits in Stojanovićs Ausführungen genannt worden ist, fand anders statt als geplant. Bereits seit 2013 hieß es in der Presse, dass Europas Staatsoberhäupter, darunter Angela Merkel und François Hollande, an der Zeremonie teilnehmen würden. Gemeinsam sollte eine Friedensbotschaft in die Welt geschickt werden. Im Endeffekt kamen jedoch nur die Botschafter, „diplomatische Vertreter, die wir sowieso immer sehen“, so Duranović. Die erhoffte breite Aufmerksamkeit blieb also schon mal aus.

Neben der zentralen Gedenkveranstaltung fanden auch diverse Konferenzen, Ausstellungen, öffentliche und mediale Debatten sowie verschiedene Kundgebungen statt. Doch leider, so Duranovićs Analyse, wollte sich niemand auf eine breitangelegte Debatte einlassen. Vielmehr sei der Erste Weltkrieg auf Gavrilo Princip's Attentat reduziert worden. Die Frage, ob er ein Terrorist war oder nicht, wurde überall diskutiert, es wurden dazu sogar Meinungsumfragen in der Bevölkerung durchgeführt. Andere Themenschwerpunkte wurden in der Öffentlichkeit jedoch so gut wie nicht gesetzt. Darüber hinaus seien die verschiedenen Aktionen lokal sehr begrenzt geblieben, oftmals standen sie auch unter politischem Einfluss. Der erhoffte Effekt, die bosnische Gesellschaft, die seit den Jugoslawienkriegen in den 1990er-Jahre sehr gespalten ist, zu diesem Jubiläum zusammenzuführen, blieb aus. Vielmehr, so Duranovićs Schlussfolgerung, sei sie jetzt noch gespaltener.

Der Westbalkan und die Aufarbeitung der 1990er-Jahre

Inwieweit die geschichtlichen Ereignisse der 1990er-Jahre nicht nur die Gesellschaft, sondern auch die Historiographie in Bosnien-Herzegowina und anderen Ländern des ehemaligen Jugoslawien spalten, darüber sprach der Historiker **Nicolas Moll**.

Allgemein ließen sich in Postkonfliktregionen drei Tendenzen erkennen, wie mit der Aufarbeitung von Krisen umgegangen werde: 1. das Thema wird vermieden, 2. das Thema wird ideologisch betrachtet, 3. das Thema wird nicht-ideologisch betrachtet. Eine strikte Trennung zwischen den drei Herangehensweisen gebe es selbstverständlich nicht, vielmehr würden sie fließend ineinander übergehen, erläuterte Moll.

Was heißt das nun für die Länder des ehemaligen Jugoslawien, im speziellen für Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Serbien? In allen drei Ländern dominiere die erste Tendenz – das Thema zu ignorieren. Auch in Schulbüchern würden die Jugoslawienkriege nicht behandelt, eine Entscheidung, die bewusst getroffen worden sei und die auch der Europarat empfohlen hatte.

Warum auch viele Historiker die Thematik der 1990er-Jahre nicht anrühren, hänge damit zusammen, dass es aufgrund der politischen Kontexte und den sehr stark nationalistischen Tendenzen schwierig sei, unbefangen an das Thema heranzugehen. „Wer sich als Wissenschaftler da ran wagt, weiß, dass er auf ein vermintes Terrain tritt.“ So habe beispielsweise erst kürzlich der

Politikwissenschaftler Dejan Jović seinen Posten als Politberater verlassen müssen, weil er in einem Artikel das Unabhängigkeitsreferendum Kroatiens in Frage gestellt hatte. Ein weiterer Historiker habe das Angebot, über den Krieg in Bosnien-Herzegowina eine Doktorarbeit zu verfassen, abgelehnt, da zu viel Druck auf ihn ausgeübt worden wäre und er nicht unbefangen hätte arbeiten können. „Jetzt arbeitet er zum Mittelalter, oder zum 17. Jahrhundert, oder was auch immer.“

Diejenigen Historiker und wissenschaftlichen Institutionen, die sich mit den Kriegsjahren offiziell auseinandersetzen, pflegen eine sehr ideologische Herangehensweise und bedienen den Mainstream-Diskurs, „der das eigene Leiden und das eigene Heldentum betont und die Verbrechen immer nur auf der anderen Seite sieht“ – so beispielsweise das Croatian Memorial-Documentation Centre of the Homeland-War in Zagreb, das bosnische Institute for Research of Crimes Against Humanity and International Law oder das Republika Srpska's Centre for the Investigation of War and War Crimes and the Search for Missing Persons. Zwar entstünden in den Einrichtungen auch vereinzelt gute Arbeiten, doch im Großen und Ganzen seien die Institute extrem politisiert, so Molls Schlussfolgerung.

Wissenschaftliche Beiträge, in denen die Jugoslawienkriege aus nicht-ideologischen Blickwinkeln betrachtet werden, sind gegenwärtig eher selten und gestalten sich langsam. Doch dürfe dieser Prozess nicht zu sehr kritisiert werden, so Moll. Es brauche eben Zeit, um Konflikte aufzuarbeiten. „Wie lange hat es denn in der Bundesrepublik gedauert, bis eine kritische Herangehensweise an den Nationalsozialismus in der Historiographie entwickelt wurde?“ Einige dieser ideologiefreien Arbeiten entstehen im Ausland, andere auf dem Feld der Memory Studies, in denen nicht direkt über die 1990er-Jahre gesprochen wird, sondern über die Erinnerungen an diese Jahre. Auch außerhalb der Historiographie zeichnen sich viele Bestrebungen ab, die Kriegsjahre tatsächlich aufzuarbeiten. Wichtige Beiträge und Veröffentlichungen liefern hierbei Nichtregierungsorganisationen, Journalisten, Soziologen, Juristen, Kulturschaffende und pädagogische Projekte, die in Zusammenarbeit mit Geschichtswissenschaftlern durchgeführt werden.

Russlands Instrumentalisierung des Ersten Weltkriegs zu Propagandazwecken

Während es auf dem Westbalkan Bestrebungen gibt, Geschichte aufzuarbeiten, ob die des Ersten Weltkrieges oder die der 1990er-Jahre, zeichnet sich in Russland eine genau entgegengesetzte Entwicklung ab: Dort wird auf dem Hintergrund der Ukraine-Krise Geschichte als propagandistisches Mittel eingesetzt. Inwieweit sich die russische Propaganda dabei dem historischen Narrativ des Ersten Weltkriegs bedient beziehungsweise dieses für seine politischen Zwecke modifiziert, vertiefte Historiker **Nikita Sokolov** in seinem Vortrag „Der Erste Weltkrieg im Wandel der russischen Wahrnehmung“. Dabei machte er deutlich, dass bis zum Jahr 2014 der Erste Weltkrieg in der kulturellen Erinnerung keine Rolle gespielt hatte. Vielmehr galt der Krieg als vergessen, als ein Krieg ohne Helden. Auch auf dem Feld der Wissenschaft gilt das historische Ereignis als erforscht, auch wenn in den vergangenen zehn Jahren einige Veröffentlichungen erschienen sind, die sich vor allem mit anthropologischen Fragestellungen befassen. Und auch in den Schulbüchern ist das historische Narrativ bisher klar beschrieben und deckt sich mit der europäischen Sichtweise: dass der Erste Weltkrieg ein imperialer war, Russland und alle anderen Staaten Interesse daran hatten, die Welt neu aufzuteilen und dass alle Beteiligten gleichermaßen eine Kriegsschuld tragen; dass die russische Staatsmacht ineffektiv handelte und an dem Krieg zerbrach; dass Russland mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Brest-Litowsk aus dem Krieg als Verlierer ausschied und auf alle Siegesansprüche zu verzichten hatte.

Ein Jahrhundert später, im August 2014, gibt Präsident Wladimir Putin während der Einweihung

des Denkmals für die „Helden des Großen Krieges“ in Moskau nun eine völlig gegensätzliche Interpretation des Ersten Weltkrieges wieder. In einem Fernsehbeitrag, den Sokolov seinem Vortrag voran stellte, spricht er von „heroischen Schlachten“, von der „Wahrheit“, die nun endlich erzählt wird, von einem Russland, das Europa vor einem Krieg bewahren wollte, insbesondere Österreich-Ungarn und Serbien. Doch niemand habe Russland damals erhört – und so musste es handeln, um nicht zuletzt auch das slawische Bruder-Volk zu retten, „Ehre gebühre den russischen Waffen“, so Waldimir Putin.

Unglaublich und absurd erscheinen diese Worte, doch Putin meine sie ernst, vielmehr zeigten sie, welchen Weg Russland zukünftig einschlagen werde, konstatierte Sokolov. Am 5. November traf sich Putin bereits mit auserwählten jungen Historikern, die ihrem Präsidenten vor laufender Kamera im Fernsehen bestätigten, dass Russland im Ersten Weltkrieg nicht an der Front geschlagen worden ist, sondern von inneren Feinden verraten wurde. Was das für Feinde gewesen sein sollen, verraten die jungen Spezialisten jedoch nicht. Diese werden erst wenige Tage später in der Talkshow von Vladimir Solovjov vom 13. November auf „Rossija 1“ beim Namen genannt. Sein Gast, der Putin-treue Schriftsteller Nikolaj Starikov, erklärt: „Warum wir, die doch alles gehabt hätten, den Ersten Weltkrieg nicht gewonnen haben? Weil es Verräter gab. Und das waren nicht die Bolschewiki. Im Februar 1917 haben die Liberalen Russland verraten. Gemeinsam mit der englischen Botschaft sorgten sie für einen Staatsstreich.“

Putins Propaganda ist also bereits allgegenwärtig. Welches Ziel Russland damit verfolge, darauf hatte Sokolov keine Antwort. Er sei schließlich Historiker und kein Psychiater. Was sich jedoch feststellen ließe, ist, dass die russische Propaganda in ihrer scheinbaren Spontanität ohne Perspektive und unlogischen Handlungen ihrer Akteure eine gefährliche Erscheinung sei, die die Erinnerungskultur an den Ersten Weltkrieg in Russland bereits modifiziert hat und in naher Zukunft wohl auch die Schulbücher uminterpretiert. „Und was dann...?“

Mit der politischen Sprache der russischen Regierung innerhalb des gegenwärtigen Ukraine-Konflikts beschäftigte sich der Moskauer Historiker und Philologe **Gasan Gusejnov**. Vor allem versuchte er eine Antwort auf die Frage zu finden, warum die Ukraine-Krise als „Krise“ beziehungsweise „Konflikt“ bezeichnet wird, nicht aber als Krieg, obwohl es sich um solch einen handle. „Überall hören wir Krise in der Ukraine, Krise, aber was denn für eine Krise? Warum Krise? Wie können wir die Handlung unseres Landes, unseres Staates, der von der Mehrheit der Bevölkerung unterstützt wird, bezeichnen, der einen Teil unseres Nachbarlandes einnimmt? Mit Hilfe von artigen Menschen ohne erkennbare Abzeichen (...). Dann werden irgendwelche bewaffneten Banden in den Osten der Ukraine geschickt, als eine Art Landwehr, Menschen, die in Moskau gemeldet und Bürger Russlands sind, die einen Krieg im Nachbarland führen. Und so etwas nennt sich also Krise“, stellte Gusejnov fest.

Warum die Putinsche Regierung den Konflikt nicht als Krieg bezeichnet, könne nur im Kontext mit der sowjetischen Vergangenheit verstanden werden, in der es seit 1945 nur einen einzigen Krieg gab: den Großen Vaterländischen Krieg, aus dem die Sowjet-Macht als Sieger hervorgegangen ist. Weder der Bürgerkrieg noch der Erste Weltkrieg noch die Kriege in Vietnam, Afrika oder Laos seien als Kriege bezeichnet worden. „Die Sowjetunion führte offiziell keine Kriege, es gab keine“, so Gusejnov. Auch der Afghanistan-Krieg von 1978 bis 1989 ist nie beim Namen genannt worden, sondern hieß im offiziellen Polit-Jargon ein „zeitweiser Aufenthalt eines begrenzten Kontingents an sowjetischen Streitkräften in Afghanistan auf Bitten der dortigen gesetzmäßigen Regierung“. Erst in den 1990er-Jahren und damit nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und ihrer zentralisierten Propaganda waren in der Polit-Sprache mehr Freiheiten möglich, die Dinge wurden beim Namen genannt – so hießen die beiden Kriege in Tschetschenien erster und zweiter Tschetschenien-Krieg.

Doch seit 1999/2000 ist eine neue Ära angebrochen mit einer neuen militärischen Propaganda in einem autoritären Regime, „das wir nicht immer verstehen“, so Gusejnov. Gern würde er die gegenwärtigen Geschehnisse als verrückt oder als Wahnsinn bezeichnen. Doch mit medizinischen Begrifflichkeiten komme man an dieser Stelle nicht weiter. „Man muss in dem Wahnsinn eine Logik finden.“ Und im Zentrum dieser Logik stehe der Erste Weltkrieg – und in dessen Folge der Ausbruch der Oktoberrevolution 1917, die Machtübernahme der Faschisten in Italien 1922 und der Nationalsozialisten in Deutschland 1933 etc. –, den das Putinsche Russland als ein Propaganda-Mittel einsetzt, um einen emotionalen Zustand zu schaffen, in dem sich die Menschen anführen lassen. Dabei spreche Putins Propaganda nicht nur einen kleinen Bevölkerungskreis an, sondern alle post-sowjetischen Bürger, die mit dem Zustand ihres Landes unzufrieden sind.

Ukraine und die Reizfigur Stepan Bandera

Eines der propagandistischen Mittel des Kremls ist unter anderem die Behauptung, die Ukraine würde von Faschisten regiert werden. Den Nährboden für diese Behauptung liefert die historische Figur Stepan Bandera, eine Figur, die in der ukrainischen Gesellschaft auch sehr umstritten ist. Wer dieser Stepan Bandera war und welche verschiedenen Rollen er in der Geschichte der Ukraine bereits eingenommen hat, beleuchtete **Volodymyr Masliychuk**.

Seit den 1930er-Jahren gehörte Stepan Bandera zu den Anführern der Organisation Ukrainischer Nationalisten OUN. Während des Zweiten Weltkrieges, im Februar 1940, zerfiel die OUN in zwei Lager: das eine führte Andriy Melnik an, der das Ziel hatte, mit Nazi-Deutschland zu kollaborieren; das andere Lager entstand um Stepan Bandera. Die „Banderisten“ verstanden sich als Revolutionäre, deren Ziel die Gründung eines unabhängigen ukrainischen Staates war. Anhänger für die nationale Idee fanden sie vor allem in der Westukraine. Bereits 1941 proklamierten die Bandera-Anhänger in Lwiw die Unabhängigkeit der Ukraine, in der Annahme, Nazi-Deutschland würde es akzeptieren. Doch es kam anders: Wenige Wochen später wurde Stepan Bandera von der SS verhaftet und ins KZ Sachsenhausen gebracht, wo er bis 1944 inhaftiert war.

Wenige Monate später, 1942/43, gründete der Bandera-Flügel die Ukrainische Aufstandsarmee UPA, die in Folge einige Gebiete Polens eroberte, auch mit deutscher Hilfe. Diese Eroberungen gehörten zur weniger glorreichen Geschichte der Aufstandsarmee, so Masliychuk. Gingen sie doch mit ethnischen Säuberungen, dem sogenannten Massaker von Wolhynien, einher. Eine historische Tatsache, die die Ukraine bis heute offiziell nicht aufgearbeitet hat.

Zum Ende des Krieges, ab 1944, kämpften die OUN und die UPA gegen die sowjetische Armee. Später sollte daraus ein Kampf gegen die Kollektivierung und das sowjetische System im allgemeinen werden.

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion änderte sich die Situation um die Erinnerung an Stepan Bandera: Die Kämpfe der OUN und UPA für eine unabhängige Ukraine wurden erstmals von offizieller Seite anerkannt. Bereits 1989 bekam Stepan Bandera das erste Denkmal gesetzt. Überall in der Ukraine setzte sich das Bild von Bandera als einem Freiheitskämpfer durch. Gepflegt wurde dieses in Kinofilmen, Büchern und Schulbüchern. In der Politik spielte die Erinnerung an die OUN/UPA in den 1990er-Jahren jedoch eine sehr ambivalente Rolle: So wurden im Westen des Landes weiterhin Bandera-Denkmäler eingeweiht und Straßen nach ihm umbenannt; im Osten fand dagegen weiter die Huldigung des Kultes des Großen Vaterländischen Krieges statt.

Erst mit der „Orangen Revolution“ und dem Präsidenten Wiktor Juschtschenko bekam die Diskussion um Bandera wieder eine neue Dimension: Juschtschenko, der kein Geheimnis daraus

machte, dass er eine nationalistische Sicht auf die Geschichte vertrat, wollte die UPA zur Heldin des Zweiten Weltkrieges ernennen. Zu diesem Zwecke gründete er 2006 das „Ukrainische Institut des nationalen Gedächtnisses“, das sich mit der Aufarbeitung der Geschichte der OUN und UPA befassen sollte. Doch eine ernsthafte Aufarbeitung kam dort nie zustande, war das Institut doch nicht mehr als ein Propaganda-Werkzeug. So war das Ergebnis auch wenig überraschend: Die Problematiken um die Teilnahme der UPA und OUN am Holocaust sowie am Massaker von Wolhynien wurden kleingeredet, die UPA als Freiheitskämpfer gefeiert. Darüber hinaus wurde Bandera 2010 von Juschtschenko postum zum Helden der Nation erklärt. Russlands Kommentare auf Juschtschenkos Politik waren bereits damals harscher Natur: Die Ukraine würde von Nationalisten regiert, die Faschisten rehabilitiere – eine Form der Propaganda, die gegenwärtig zur vollen Blüte komme, so Maslychuk.

Als Präsident Wiktor Janukowitsch im Februar 2010 an die Macht kam, bestand seine erste Amtshandlung wiederum darin, Stepan Bandera den Titel abzuerkennen. Vielmehr erklärte er sich zum Bekämpfer des ukrainischen Nationalismus und ließ in diesem Zusammenhang auch aus den Schulbüchern alle nationalen Bewegungen herausstreichen. Janukowitsch habe damit für große Verwirrung gesorgt, so Maslychuk. Nationalisten wie Liberale ernannten Stepan Bandera nun zum Symbol des Kampfes gegen das Janukowitsch-Regime. Der Kampf um die erneute Anerkennung Stepan Banderas, der OUN und UPA wurde Teil des Wahlprogramms der rechtspopulistischen „Swoboda“-Partei, die dadurch während der Parlamentswahlen im Jahr 2012 mehr als zehn Prozent der Wählerstimmen bekam.

Auch während der Majdan-Bewegung 2013/14 wurde Stepan Bandera erneut zum Symbol einer unabhängigen Ukraine – jedoch nicht für die große Masse, betont Maslychuk. Wollte und will die die Mehrheit der Majdan-Teilnehmer doch nicht in irgendeiner Vergangenheit leben, sondern in einem unabhängigen, europäischen Staat. Die ukrainische Propaganda wird jedoch vom Bild Banderas als Freiheitskämpfer nicht abrücken. Vielmehr, so Maslychuks Vermutung, werde die Glorifizierung der UPA und OUN in Anbetracht der kriegerischen Auseinandersetzungen im Osten des Landes wohl zunehmen.

Der Kampf gegen Propaganda – Chto delat? / Was tun?

Die große Frage, die sich die Teilnehmer des vierten Geschichtsforums nach der Analyse der aktuellen geschichtspolitischen Kontroversen in Osteuropa und auf dem Westbalkan gestellt haben, war: Was kann gegen Propaganda unternommen werden? Diskutiert wurde diese Problematik in **drei** parallel stattfindenden **Arbeitsgruppen** (AGs).

In der **ersten AG** wurde erläutert, was Bildungs- und Jugendarbeit auf diesem Feld leisten kann. Die Teilnehmer stellten dazu Best-Practice-Beispiele aus ihrer Region vor. Amir Duranović erläuterte beispielsweise die Arbeit des Europäischen Geschichtsverbandes EUROCLIO-HIP BiH in Bosnien-Herzegowina. Dem Verband gehören Geschichtslehrer an, Historiker, Studenten der Geschichtswissenschaft und Museumspädagogen. Die insgesamt 177 Mitglieder beschäftigen sich mit der didaktischen Aufarbeitung der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Gemeinsam erarbeiten und erstellen sie Arbeitsmaterialien für Grundschulen und weiterführende Schulen und organisieren Workshops für Lehrer.

Eine weitere Initiative, die sich ebenfalls mit der Erarbeitung von Lehrmaterialien beschäftigt, ist das Joint History Project aus Belgrad, das von Nikola Mikilić vorgestellt wurde. Ins Leben gerufen wurde das internationale Projekt von Historikern aus Südosteuropa. Gemeinsam erarbeiten die Wissenschaftler Geschichtsbücher, in denen historische Ereignisse aus multiperspektivischer Sicht

beschrieben werden. Veröffentlicht und in verschiedene Sprachen übersetzt wurden bereits Arbeitsbücher zum Osmanischen Reich, zu den Balkankriegen, zum Zweiten Weltkrieg sowie zur Situation der Staaten während der Sowjet-Zeit.

Über die Projekte die Memorial Moskau zur Geschichtsaufarbeitung organisiert, berichtete Natalia Kolyagina. Seit 15 Jahren führt die Einrichtung den Schülerwettbewerb „Der Mensch in der Geschichte“ durch, in dem Schüler dazu aufgefordert werden, auf wissenschaftliche Art und Weise ihre Familiengeschichte aufzuarbeiten. Darüber hinaus organisiert Memorial themenspezifische Weiterbildungsseminare für Lehrer.

Auf die Arbeit mit Jugendlichen ist auch das Projekt Youth Initiative for Human Rights aus Bosnien-Herzegowina ausgerichtet. Die Initiative bringt junge Menschen aus dem gesamten Balkan in Workshops und Camps zusammen, um mit Hilfe von Historikern und Zeitzeugen die Ereignisse der 1990er-Jahre aufzuarbeiten. Darüber hinaus werden die jungen Menschen auch für Themen wie Menschenrechte und Geschichtsaufarbeitung im Allgemeinen sensibilisiert, erklärte Nedim Jahić.

Mit der Frage, welche Funktion Kunst in Krisen-Zeiten bzw. in Nachkriegsgesellschaften einnehmen kann, befasste sich die **zweite AG**. Anton Dubin von Memorial Moskau eröffnete die Diskussionsrunde mit einigen Negativ-Beispielen aus Russland, die zeigten, dass sich sowohl Bildhauer, Musiker als auch Bildende Künstler an der gegenwärtigen Putinschen Propaganda beteiligen. Unter anderem zeigte er Ausschnitte aus der in Sankt Petersburg im Sommer inszenierten „Mitmach“-Oper „Die Krim“, die, wie der Titel schon erahnen lässt, die Ukraine zum Thema hatte. Dargestellt wurde darin der Angriff der faschistischen Kiever Junta auf das russische Volk, wobei die Zuschauer das russische Volk symbolisierten.

Welche Themen das zeitgenössische serbische Theater aufgreift, beleuchtete Nađa Bobičić in ihrem Vortrag. Ausgehend vom Drama „Dragonslayers“ von der Autorin und Dramaturgin Milena Marković (geb. 1974), erläuterte sie, welche Rolle der Erste Weltkrieg in der gegenwärtigen Literatur und Dramaturgie spielt. Vor allem würde Gavrilo Princip's Attentat noch immer im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen stehen und der mit ihm seit den 1980er-Jahren verknüpfte nationalistische Diskurs.

Über die Entstehungsgeschichte des Kriegstheaters SARTR, Saraievski ratni teatar, in Sarajevo, sprach Nihad Kreševljaković, der Direktor des Hauses. SARTR ist im Mai 1992 gegründet worden, wenige Wochen nach dem Beginn des Bosnienkrieges. Im Gründungsdokument wurde damals festgehalten, dass das Theater sehr wichtig sei für die geistige Verteidigung der Stadt. Während des Krieges war SARTR ein Ort, an dem sich die Menschen entspannen konnten und ein Gefühl von Normalität, Menschlichkeit und Frieden vermittelt bekamen. Kreševljaković ist nicht zuletzt auch aufgrund seiner Erfahrungen der Überzeugung, dass Kunst nicht nur eine ästhetische Aufgabe zu erfüllen habe, sondern vor allem auch eine ethische. Ein Anspruch, dass das Haus auch heute an sich stellt.

Welche Chancen das Internet und soziale Medien im Kampf gegen Propaganda bieten, diskutierten die Teilnehmer der **dritten AG**. Darunter war auch David Kopalani aus Tbilisi. Gemeinsam mit einem weiteren Kollegen hat er 2010 die Initiative SOVLAB (Soviet Past Research Laboratory) gegründet, die sich mit der Aufarbeitung der sowjetischen Vergangenheit in Georgien auseinandersetzt. Unter anderem betreibt das Projekt beispielsweise das öffentlich zugängliche Online-Archiv www.archive.ge, in dem Fotografien, offizielle Dokumente, private Briefe, aufgenommene Interviews mit Zeitzeugen, die Opfer des Regimes geworden sind, und Videos zu Personen, die Außergewöhnliches erlebt haben, gesammelt werden. Darüber hinaus veranstaltet SOVLAB Diskussionsrunden, die sie per Livestream (www.livestream.com/sovlab) im Internet übertragen. Dokumentiert werden ihre Aktionen, darunter auch solche, die „offline“ stattfinden,

auch auf Facebook (www.facebook.com/sovlab).

Einen Blog, der sich mit dem Thema Geschichte im Unterricht befasst, gründete Aleksandar Todosijević, Geschichtslehrer aus Serbien. Einerseits nutzt er seine dort unter <http://ucionicaistorije.wordpress.com> bereitgestellten Medien wie Videos, Bilder und PowerPoint-Präsentationen selbst, andererseits können auch Schüler und andere Lehrer auf die ergänzenden Unterrichtsmaterialien zugreifen. Darüber hinaus gibt es in dem Blog ein Diskussionsforum, in dem sich Interessierte austauschen können. Todosijević ist der Überzeugung, dass guter Geschichtsunterricht heute nicht ohne digitale Medien auskommt, machen diese den Unterricht doch auch interessanter. Da es im Internet in serbischer Sprache bisher nichts in der Art gab, gründete er das Projekt kurzerhand selbst.

Welchen virtuellen Attacken Internetseiten auch ausgesetzt sein können, davon berichtete die Journalistin Natalia Konradova aus Moskau. Vielmehr behandelte sie das Thema des „Informationskrieges“, der in Russland schon lange Zeit vor der Ukraine-Krise ausgebrochen ist. Wie sieht dieser „Informationskrieg“ aus? Einerseits hat seit Wladimir Putins Amtsantritt ein Prozess der Zentralisierung der Medienlandschaft eingesetzt; andererseits werden seit den 2000er-Jahren von der Regierung sogenannte „Spoiler“-Projekte gegründet, Projekte, die den Inhalt bereits existierender Projekte „verderben“. So geschehen beispielsweise bei der antifaschistischen Bewegung „Nashi“, deren Bezeichnung heute nur noch mit der im Jahr 2005 gegründeten staatlichen Jugendorganisation „Nashi“ in Verbindung gebracht wird. Darüber hinaus gibt es auch „Spoiler“-Projekte, die sogenannte „Trolle“ und „Bots“ einsetzen, um Falschmeldungen im Internet zu verbreiten – ob in Kommentarforen von beispielsweise Zeitungen oder in sozialen Medien wie Facebook und VKontakte. Eine der effektivsten Methoden, um gegen diese Propaganda vorzugehen, sei, Projekte zu initiieren, die sich mit dem Checken von Fakten und dem Aufdecken von Falschmeldungen beschäftigen.

Ein solches Projekt hat **Margo Gontar** aus Kiew ins Leben gerufen. Die junge Journalistin gründete gemeinsam mit Kommilitonen und Absolventen der Mohyla-Akademie für Journalisten an der Nationalen Universität Kiew das Crowdfunding-Projekt **stopfake.org**. Welche absurden Falschmeldungen die Redaktion fast täglich im Netz findet, beschrieb Gontar während ihres Vortrages.

Darunter war ein im April 2014 auf der Internetseite novorus.info veröffentlichtes Foto, auf dem ein ukrainischer Panzer mit einem Hakenkreuz zu sehen war. Auf dem Original-Bild der Agentur Reuters war dieses Symbol nicht vorhanden. Die Behauptung, ukrainische Soldaten hätten es drauf gemalt – fake. Oder die vom Fernsehsender Russia Today im März verbreitete Meldung, Juden würden aus Angst vor der neuen antisemitischen Regierung aus Kiew fliehen – fake. Vielmehr handelte es sich um den Rabbi Misha Kapustin, der sich nach der Annexion der Krim durch Russland und den kurz darauf folgenden antisemitischen Handlungen in seiner Stadt dazu entschloss, Simferopol zu verlassen.

Seit März 2014 ist das sowohl russisch- als auch englischsprachige Portal stopfake.org nun online. Fast 500 Falschmeldungen (Stand: November 2014) hat die Redaktion bisher aufdecken können. Täglich kommen neue Fake-News dazu. Und täglich besuchen auch neue User die Seite: Insgesamt knapp sieben Millionen Unique Visits zählt stopfake.org seit März – ein großer Erfolg für diese Initiative.

Schlussworte

Seit 2011 findet das Europäische Geschichtsforum regelmäßig statt. Schon im Vorfeld waren sich

alle Beteiligten darüber im Klaren, dass die Gespräche über die Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts keine leichten werden würden. Es wurde über Schuld, Unverständnis, Mythen, Krieg und Propaganda diskutiert, „doch nie fanden die Diskussionen in so einer Atmosphäre statt, in der alles, was mit Geschichte zu tun hat, zu solch einem brisanten und heißen Thema wird“, sagte Irina Scherbakova von Memorial in ihrem Resümee. Umso zufriedener sei sie, dass es während der Tagung gelungen sei, gemeinsam über das, was gegenwärtig passiert, „in maximaler Art und Weise nachzudenken“. Denn, wie Walter Kaufmann von der Heinrich-Böll-Stiftung bemerkte, sei der Krieg in der Ukraine „ein gemeinsames Problem – ein unmittelbares Trauma für die Menschen vor Ort, ein riesiges Problem für Russland und ein Problem für ganz Europa“. Optimistisch in die Zukunft zu blicken, falle ihm schwer. Trost spenden könne nur, die eigene Agenda weiter zu verfolgen.

Anhang: Exkursionsnachmittag

Neben den Diskussionsforen und Arbeitsgemeinschaften stand während des vierten Europäischen Geschichtsforum auch ein Exkursionsnachmittag auf dem Plan. Angeboten wurden drei Ausflüge: Eine Gruppe besuchte das Militärgeschichtliche Museum in Gatow, eine andere den Neuen Garnisonfriedhof in Berlin-Tempelhof und eine weitere das Sowjetische Ehrenmal im Treptower Park in Berlin-Treptow.

Militärgeschichtliches Museum in Gatow

Durch das Militärgeschichtliche Museum auf einem stillgelegten Flughafen führte Hauptmann Jan Behrendt, der der Gruppe die geschichtsdidaktische Herangehensweise der Bundeswehr im 21. Jahrhundert näherbrachte. Ziel des Museums ist es nicht nur seinen Besuchern die technischen Aspekte in der Entwicklung der Luftfahrt näher zu bringen, sondern auch einen Ort zu schaffen, in dem über Luftkriege kritisch reflektiert wird. Dazu laden sie sowohl die Öffentlichkeit als auch Militärangehörige ein. Außerdem sieht sich das Museum auch als eine Plattform für historische Debatten. Iuliia Popova, die über die Exkursion berichtete, hatte diese geschichtsdidaktische Herangehensweise überrascht – im positiven Sinne. Aus der Ukraine kenne sie solche militärgeschichtlichen Ausstellungen oder Museen nicht. Dort würde immer ein Grand Narrativ über die großen, heroischen Ziele, die die Soldaten und der Staat gemeinsam erreicht haben, erzählt werden.

Neuer Garnisonfriedhof

Über den „Friedhof eines Friedhofes“ unterhielten sich die Teilnehmer der zweiten Exkursion. Gemeinsam mit Kunsthistoriker Christian Saehrendt besuchten sie den Neuen Garnisonfriedhof in Berlin-Tempelhof. Gegründet wurde dieser ehemalige Militärfriedhof 1866. Direkt nebenan befindet sich der älteste islamische Friedhof Deutschlands, der bereits 1798 angelegt worden war. Der Anlass: Der Tod eines Botschafters aus dem Osmanischen Reich. Während der islamische Friedhof heute noch rege genutzt wird, ist der Garnisonfriedhof mit seinen Kriegsgräberstätten eher in Vergessenheit geraten. Einmal im Jahr, am Volkstrauertag werden an den Denkmälern Kränze abgelegt – sowohl von Bundeswehreinheiten als auch rechtsextremistischen Parteien und Vereinen. Saehrendt zeigte anhand von ausgewählten Kriegsgräbern, welche politische Handschrift an ihnen abzulesen ist, beispielsweise ob es von einer Sieger- oder Verlierermacht aufgestellt wurde. Zu erkennen ist das u.a. am verwendeten Material. So steht das einzige Sieger-Denkmal für die Deutschen Einigungskriege (1866 und 1870/71) auf einem Granit-Sockel;

Denkmäler aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg, die Deutschland verloren hatte, sind aus Natur- und Kalkstein gefertigt.

Sowjetisches Ehrenmal

Eine rege Diskussion löste das Sowjetische Ehrenmal im Treptower Park aus, das mit Jan C. Behrends vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam erkundet wurde. 1949 fertiggestellt, diente es als Denkmal für die in Berlin gefallenen Soldaten des Zweiten Weltkrieges bzw. des Großen Vaterländischen Krieges, wie Josef Stalin ihn getauft hatte. Noch heute zieht es einmal im Jahr zum „Tag des Sieges“ am 9. Mai Tausende Besucher an. Gerechtfertigt? Oder falsch? Das diskutierte das Auditorium. Während die einen meinten, dass es sich bei dem Denkmal um ein Artefakt der Geschichte handle, das auch Wissen vermittelt, waren andere der Meinung, dass es im öffentlichen Raum so unhinterfragt nichts zu suchen habe. Eine dritte, schlichtende Stimme, meinte, dass das Denkmal in jedem Fall erhalten bleiben müsste, jedoch mit einem kommentierenden Gegendenkmal versehen werden sollte, eines, das zur Reflexion einlädt.

Maria Ugoljew | Berlin, im November 2014